



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920**

487 (27.10.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-194042](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-194042)

# Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreis: In Mannheim a. d. Neuenburg monatlich 1.70 für den Postboten, 1.50 für den Abonnenten. Einjahrespreis 16.80. — Postamt Mannheim, Postfach 10. — Druckerei: General-Anzeiger Mannheim.

## Babijische Neuere Nachrichten

Bezugspreis: In Mannheim a. d. Neuenburg monatlich 1.70 für den Postboten, 1.50 für den Abonnenten. Einjahrespreis 16.80. — Postamt Mannheim, Postfach 10. — Druckerei: General-Anzeiger Mannheim.

### Der Rigaer Frieden.

Aus *Reval* wird geschrieben:  
Ueber die Bedeutung des Friedens von Riga äußert sich die Petersburger „Pravda“ in einem längeren Aufsatz, in dem sie den überaus wichtigen Standpunkt vertritt, die Sowjetregierung habe in Riga einen großen diplomatischen Triumph errungen, da die von den Bolschewiken angenommenen Bedingungen für die ungünstiger gewesen seien, als die Bedingungen, die ihnen im April des Jahres angeboten worden seien. Die Petersburger „Iswestija“ bemerkt in einem Leitartikel über die außenpolitische Lage Sowjetrußlands, daß das Unwetter sich gelegt habe. Wrange! sei die letzte noch übrig gebliebene Sturmwolke an dem sich aufläuternden Himmel. Frankreich tue alles, was es könne, um Wrange! zu retten. Man dürfe sich daher den drohenden Gefahren nicht verschließen. Ein Angriff Rumaniens und Ungarns gegen Sowjetrußland sei nicht ausgeschlossen. Im äußersten Falle sei es sogar möglich, daß Frankreich aktiv in den Kampf gegen die Sowjetregierung eingreifen werde. Wenn auch die französische Arbeiter, die den Krieg nicht hätten, die französische Regierung in ihrer aggressiven Politik gegen Sowjetrußland nicht unterstützen würden, müsse Rußland auf einen Angriff von französischer Seite gefaßt sein.

### Hartnäckige Kämpfe mit den Litauern.

London, 27. Okt. (W.B.) Die „Times“ berichten aus Warschau über hartnäckige Kämpfe zwischen den Truppen Selegowskis und den Litauern, wobei die ersteren die Oberhand behielten. Man befürchtet einen Vormarsch Selegowskis auf Kowno.

### Neuer Zustand in Bessarabien.

Bukarest, 26. Okt. (Havas). Aus Bakia in Bessarabien wird gemeldet, daß eine neue und noch schärfere Revolution in der Gegend von Djesa, Cherson und Bobolien ausgebrochen sei.

### Eine neue Offensive gegen die türkischen Nationalisten.

Paris, 27. Okt. (W.B.) Nach einer Timesmeldung aus Konstantinopel hat General Gouraud eine neue Offensive gegen die türkischen Nationalisten beschlossen. In der Gegend von Dora ist die Säuberung vollkommen durchgeführt. Die nationalistische Garnison von Ain Tob hat der Kapitulation unter gewissen Bedingungen zugestimmt, die Franzosen verlangen jedoch bedingungslos die Übergabe und Bombardieren die Stadt.

### Französisch-englische Unstimmigkeiten.

Englands Verzicht auf die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen.  
Paris, 27. Okt. (W.B.) Der Beschluß der englischen Regierung auf die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, die in Anhang 8, Absatz 2 des 18. Friedensvertrages vorgesehen sind, zu verzichten, wird in der Pariser Morgenpresse lebhaft erörtert. Nach dem „Echo de Paris“ hat die französische Regierung die Absicht, beim englischen Ministerium des Äußeren zu protestieren und den Vorschlag zurückzuweisen, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. — Nach dem „Matin“ wird der Beschluß der englischen Regierung zwei Folgen haben: 1. Er schafft der englischen Regierung zum Schaden der anderen Alliierten die Handelsprivilegien mit Deutschland und in 2. Umgekehrt bedeutet er einen Verzicht ohne vorheriges Einverständnis mit den Alliierten, auf eine ganze Reihe von Zwangsmaßnahmen, die, um wirksam zu sein, von allen Unterzeichnern des Vertrages von Versailles hätten getroffen werden müssen. — Das „Journal“ sagt, die Blockade sei das einzige wirkungsvolle Druckmittel. Sie sei aber nicht möglich, wenn man den Deutschen Privatinteressen gefaßt, sich nach England zu richten. — Die Bitter betonen, daß die englische Regierung am 23. Oktober von ihrer Absicht Kenntnis gegeben habe.

### Die Streikbewegung der englischen Bergarbeiter.

Vorläufig ergebnislose Verhandlungen.  
Paris, 27. Okt. (W.B.) Wie der „Matin“ aus London meldet, haben gestern zwischen der Regierung und den Delegierten der Bergarbeiter drei Verhandlungen stattgefunden. Man ist jedoch noch zu keinem Ergebnis gekommen. Spät abends fand ein Ministerrat statt, weil angeblich nach der dritten Sitzung mit den Bergarbeitern eine Krise eingetreten war. Der Generalsekretär Hodgson hat erklärt, daß nur die vollkommene Anerkennung aller Forderungen der Bergarbeiter für die annahmbar wäre.

London, 27. Okt. (W.B.) Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Bergleute dauerten mehrere Stunden. Eine spätere Meldung besagt, daß nach weiteren kurzen Besprechungen die Verhandlungen auf Mittwoch vertagt wurden.

London, 27. Okt. (W.B.) Der Volkswirtschaftsminister hat erklärt, daß er am Montagabend mit der Regierung einverstanden sei.

London, 27. Okt. (W.B.) Weder es noch im Unterhause die Erklärung ab, der Kohlenstreik koste den Steuerzahler wöchentlich 2-3 Millionen Pfund Sterling.

### Irlands Freiheitskampf.

Rotterdam, 27. Okt. (W.B.) Der Neue Rotterd. Cour. meldet aus London: In Belfast ist es anlässlich des Todes des Bürgermeisters von Cork zu Unruhen. Die Gegner der Sinnfeiner verhindern das Hissen der Trauerflaggen. Bei der entscheidenden Sitzung wurde ein Bürger gewählt. — Im Gefängnis von Cork ist wieder einer von den Hungerstreikenden gestorben. — In London traf eine

Belohnung von 50 irischen Freiwilligen ein, um die Leiche des Bürgermeisters von Cork nach Irland zu geleiten.

London, 27. Okt. (W.B.) Hier trafen 33 städtische Beamte aus Cork ein, um der feierlichen Aufbahrung und der Ueberführung der Leiche des Bürgermeisters von Cork beizuwohnen. Acht irische republikanische Freiwillige, die die Beamten begleiteten, wurden in Hinchey verhaftet, weil sie republikanische Uniformen trugen.

### Die Orgeß.

München, 27. Okt. Die Oberleitung der Organisation Eicherich tritt in einem hiesigen Blatte nochmals die Ziel- und Richtlinien der Organisation mit, wobei sie hervorhebt, daß sich die Organisation nicht mit militärischen Dingen befasse. Sie sei eine private Einrichtung, die auf verfassungsmäßigem Wege die Versöhnung der Volksklassen und den Wiederaufbau Deutschlands fördern wolle.

Berlin, 27. Oktober. (Von unserem Berliner Büro.) Zu dem Verbot der Eicherich-Versammlung in Breslau wegen dessen Fortschritt Eicherich, wie einige Blätter mitteilen, im Bewusstseinsbereich gegen das Breslauer Volksgesamtsrat erheben will, wird von zuständiger Seite erklärt, es handele sich bei der Veranstaltung um keine öffentliche Versammlung, sondern um eine solche des Heimatschlages, also einer Zweigorganisation der Orgeß und Punkt 3 der Tagesordnung lautete nach der Einladung: Verpflichtung auf die Leitung und die Organisation. Solange das Verbot der Orgeß in Preußen besteht, konnte somit der Volkspräsident gar nicht anders handeln als es getan hat. Da übrigens am Tage vor der Versammlung bei Erlangen der Veranstalter Hausdurchsuchung vorgenommen und verschiedene Material beschlagnahmt worden war, so dürfte die Angelegenheit noch weitere Kreise ziehen.

### Zum Tode des Königs von Griechenland.

Die Ursache der Erkrankung des Königs von Griechenland.  
Paris, 27. Okt. (Havas). Der griechische Gesandte in Rom, Papananos, hat einem Vertreter des Matin gegenüber folgende Darstellungen über den Unfall des Königs von Griechenland gegeben, welcher den Tod des Herrschers zur Folge hatte. Der König hielt einige Bullenbögen, in deren Begleitung er sein seine Spaziergänge machte, die sich gewöhnlich bis zu den kleinen Häusern in der Nähe des Schlosses ausdehnten, in denen die Wächter wohnen. Als der König bei der Wohnung des Oberverwalters, eines Deutschen, namens Koch, der schon zu Gehilfen des Königs Georg in Diensten der königlichen Familie stand, vorbeikam, stürzte sich eine der Bullenbögen auf die beiden Affen des Oberverwalters, die sich auf dem Boden tummelten. Der König sprang dazwischen, um einen der Affen von dem Hunde zu befreien, wobei er von dem Tiere verletzt wurde. Drei Tage später kehrte sich die ersten Vergiftungssymptome ein.

### Die Frage der Thronfolge.

Athen, 27. Okt. (Havas). Der Ministerrat, der sofort nach dem Ableben des Königs dringlich waminberufen wurde, richtete an das Volk eine Botschaft, in der der Tod des Königs Alexander bekannt gegeben und der Schmerz über das Hinscheiden des jungen Herrschers ausgedrückt wird, unter dessen Regierung Griechenland sein Gebiet vergrößert habe. Dann heißt es weiter: Gemäß der konstitutionellen Regelung der Thronfolge ist der junge Bruder des Königs Alexander, Prinz Paul berufen, ihm auf den Thron zu folgen. Infolge seiner Abwesenheit jedoch und infolge der Beziehungen, die zwischen dem Vater und dem Haupte des früheren Königs Konstantin bestanden, hat die Regierung in Uebereinstimmung mit Artikel 50 der Verfassung beschlossen, die außerordentliche Kammer zur Wahl eines Regenten bis zur Ankunft des neuen Königs einzuberufen. In der Zwischenzeit und bis zur Eidesleistung des Regenten werden nach demselben Artikel der Verfassung die königlichen und konstitutionellen Vollmachten durch den Ministerrat ausgeübt werden. Die Kammer wird am nächsten Donnerstag zusammentreten.

Weiter meldet Havas: Die Frage der Thronfolge wird durch die am 7. November stattfindenden Wahlen geklärt werden. Die neue Kammer wird über diese Frage zu bestimmen haben. Es ist jedoch schon jetzt sicher, daß, wer auch immer der Thronfolger aus der gegenwärtigen Dynastie sein mag, formelle Garantien verlangt werden, um für die Zukunft jeden Versuch zu Intrigen zu verhindern.

### Der Parteitag der deutschnationalen Volkspartei.

Hannover, 26. Okt. In Begleit der hiesigen Verhandlungen der deutschnationalen Volkspartei beendete Justizrat Johann Berlin die Wahl eines Reichspräsidenten. Es sei wichtig, merkt, die höchste Stelle im Reich mit einer Persönlichkeit besetzt zu sein, die der Volkswirtschaft entsprechende. Namen wolle man heute nicht nennen, man könne das Überwachen der Parteistellung überlassen. Staatsminister von Herrschel hat hierzu eine Erklärung ab, in der er sagte, daß zu dieser Frage die Worte von ähnlichen Werten bei der Parteistellung einzuwirken seien. Bei dem Ausfall der Reichstagswahlen sei es schwebend und unklar, daß der noch von der Nationalversammlung Gewählte die erste Stelle im Reich einnehme. Während der Tage des Kampfes sei auf militärisches Drängen auch die sofortige Wahl des Reichspräsidenten erörtert worden. Er, Staatsminister von Herrschel, habe an diesen Verhandlungen als Vermittler teilgenommen. Darnach habe Geheimrat Dr. Müller, der Vertreter des Reichspräsidenten, die Erklärung abgegeben, der Präsident selbst sei der Auffassung, sein Amt könne sich automatisch mit den Reichstagswahlen, und aus dieser Auffassung werde der Präsident auch die Konsequenzen ziehen. Es sei nicht die Aufgabe des Reichspräsidenten, sondern die des Reichspräsidenten selbst, die Verantwortung zu übernehmen. Herrschel hat aber ausdrücklich erklärt, daß die Reichstagswahlen nicht die Verantwortung übernehmen werden. Die deutsche nationale Volkspartei werde diesen Antrag aber nicht haben und entsprechend verfahren. Gemäß einem Ratte des Staatsministers von Herrschel wurde der Antrag des Justizrats Johann Berlin über weitere Verhandlungen überlassen.

Sodann wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen: Die aber zunächst noch zurückgestellt wurde:

Entschlossen den Herrn Reichspräsidenten des Friedensvertrages stehen unter dem Namen: die deutschen Kolonien als Teile unter sich aufzustellen. Gegen diesen Veranschlagung legen wir die schärfste Verwahrung ein. Niemals kann und wird das deutsche Volk auf seinen rechtmäßig erworbenen überseeischen Besitz verzichten. Von der Regierung fordern wir, daß sie Deutsch-

lands koloniale Interessen energisch verteidigt und jeder Verletzung des Friedensvertrages energisch entgegentritt. Von unseren Freunden erwarten wir, daß sie sich der Pflege des kolonialen Gedankens mit besonderer Wärme annehmen und die Welt vorbereiten helfen, in der die deutsche Flagge auch in unseren Kolonien wieder emporgelassen kann.

Sodann ergriff der Landtagsabgeordnete Dr. Ritter das Wort zu einem Vortrage über das Thema Volkstum und deutsche Zukunft. Es war der erste Vortrag, der sich völlig frei machte von alten politischen Schavorten und der es in erster Linie versuchte, die Frage des Völkens des deutschen Volkes mit wissenschaftlichen Gründen zu erklären. Es war ein interessanter und sehr befruchtlich aufnahmener Vortrag. Dr. Ritter führte aus: Nur Charakterstärke, tief in den Gründen des Volkstums verankerte Männer, könnten den Baustein für die Zukunft bilden. Ein Volk ändere sich nicht durch einen Raub noch so großer befehrter Leute, sondern nur durch das Leid. Wir hätten den Krieg politisch und damit ganz verloren, weil uns die politische Partei früher gefehlt hätten. Das deutsche Volk hätte sich entfernt von den Quellen des reinen und lauterer Volkstums. Dem Haupte, das Bismarck erbaut hat, habe die Seele gefehlt.

Abg. Lambach sprach dann über „Kaiser Weg zur deutschen Volksgemeinschaft“. Deutschland strebe im wirtschaftlichen Kampfe mit der ganzen Welt. Das ganze Volk müsse daher einheitlich zusammenstehen gegen die lebenden Arbeitgebern, denn in Wirklichkeit verhalten wir nur noch über unsere eigene Arbeitkraft. Dem demokratischen Sozialismus stelle man den Gedanken der sozialen Volksgemeinschaft gegenüber. Arbeit bedeute die höchste Pflicht. Der marxistische Sozialismus führe zur Verelendung der Massen.

Nachtagsabgeordneter Wulle betont besonders die Wichtigkeit des völkischen Gedankens. Reichstagsabgeordn. Wehrens erklärte, man müsse sich eine andere Vortragsweise angewöhnen und aufhören, immer von Würgen und Arbeitern zu reden. Damit folge man im Lande an die Vergangenheit habe den Arbeiter einwärts und ihn oft der Welt gegenüber. Eine Entschiedenheit des Abg. Grafen Kanitz-Vobancow wurde angenommen, in der es u. a. heißt: „Die deutschnationalen Volkspartei bekämpft sich nach wie vor mit unerschütterlicher Konsequenz zur Erhaltung einer lebensfähigen produktionsfreundlichen Landwirtschaft als des wichtigsten Faktors für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft. Die deutschnationalen Volkspartei wird mit allen Mitteln dafür einwirken, daß die deutsche Landwirtschaft wieder intensiv arbeiten kann. Eine rege Viehzucht soll da gefördert werden, wo die Kleinbauern als die unentbehrlichen Träger der deutschnationalen Genossenschaft nicht genügend vertreten sind. Das neuerdings vielerorts in Erscheinung getretene Bestreben, das Interesse der Landarbeiter an der Ertragssteigerung durch Gewinnbeteiligung usw. zu erhöhen, wird eifrig zu begünstigen und zu fördern.“ — Ein anderer Redner sprach sich für den Schutz deutscher Namen aus.

Eine Anregung des Prof. Otto-Windchen, den nächsten Parteitag in Bayreuth abzuhalten, wurde lebhaft begrüßt. Ein besonderer Geschäftsbericht wurde nicht erbracht, da er den Mitgliedern gedruckt zugegangen ist. Die vom Parteivorstand vorgelegene Forderung der Parteitagungen wurden angenommen. Danach kann die Aufnahme einer Person in die Partei bereits mit dem 18. Lebensjahr (früher mit dem 20.) erfolgen. Samstags in der Tagung eingebrachten Entschliessungen wurden angenommen. Andere Anträge wurden der Reichstags- bezw. Landtagsfraktion überwiesen. Ein Antrag auf Aufklärungsschicht im W. Lande wurde durch die Partei angenommen und dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Zum Schluß sprach der Vorsitzende Herr Dr. Er sprach dem Landesverband Sud-Dannover-Krauswiesing den Dank für die glänzende Vorbereitung des Parteitages aus. Wichtigere als der Mahnen der Tagung sei der Geist gewesen, von dem sie bezeugt war. Die Partei habe die Geschlossenheit nicht nur gezeigt, sondern auch Vorliebe die Tagung als geschlossen. Mit dem Abgange des Reichspräsidenten hat die Partei die deutsche Volksgemeinschaft als die deutsche Volksgemeinschaft, „Einigkeit und Recht und Freiheit“ feiert die Tagung.

### Die große politische Aussprache.

#### Der Reichszugler über Deutschlands Lage.

Berlin, 27. Okt. (Von unfr. Berl. Büro.) Auf die Tribünenbesucher hat der heutige „große Tag“ anscheinend nur geringe Anziehungskraft ausgeübt. Es wird 1, es wird einige Minuten nach 1 Uhr, und noch immer bleibt die Loge auffällig leer. An der Bundesratsempore ist Dr. Simons erschienen und dann beginnt langsam der Einzug der Gäste. Nur Herr Herrschel läßt auf sich warten, dann während der üblichen Formalien hat er den Saal betreten und nun — es war 1/2 Uhr geworden — hebt er an zu reden. Er spricht von der Rednertribüne aus.

Als wir im Sommer auseinandergingen, so etwa führt er aus, hatten wir Spa eben hinter uns und damals war es uns erst klar geworden, daß wir aus der Reihe der handelnden Mächte getreten waren. Nur eine kümmerliche Volksherrschaft war von unserm Heer übrig geblieben. Zwecklos wäre es, sich mit irgendwelchen Wahnvorstellungen abzugeben. Wir müssen uns über unsere Lage klar werden: militärisch gebrochen, politisch stillgelegt und wirtschaftlich ringen wir um Atem. Aber unsere Würde dürfen wir nicht verlieren.

Die Vertreter fremder Staaten haben wir deshalb zu lassen. Leider ist das nicht immer geschehen. Im polnisch-russischen Konflikt gab es für uns nur die strikte Neutralität. Heute werden auch diejenigen Schwichten der deutschen Bevölkerung, die im Bismarck der Sowjettruppen gefolgt sind, es der deutschen Regierung danken, daß sie gegenüber allen Anschuldigungen unserer Politik durchgehalten und dem deutschen Volke ist es erspart geblieben, zu all dem Jammer auch noch den zu erleben, daß es die Lasten fremder Gewalttäter auf seinem eigenen Boden ertragen müßte. Vielleicht ist auch heute diese Gefahr nicht ganz überwunden. Der gesunde Geist unseres Volkes, das ist meine feste Zuversicht, wird sich stark genug erweisen, um diesen Bestrebungen auf die Dauer zu begegnen. Das ist ja das Entscheidende in unserer ganzen Lage und nötigt uns, unser Außenpolitik in vielen Beziehungen nach einer Zwangsläufigkeit zu gestalten, gegen die man große Worte machen kann, die abzuwenden aber noch niemand Wege und Mittel gefunden hat. Innerhalb dieser Grenzen glaube ich, daß wir nichts veräumt haben, was unsere gegenwärtige Lage verlangt.

Dann noch ein Wortes über den bisherigen Gang der Dinge. Unsere Verbrüderungsmöglichkeiten gehen Ihren geordneten Gang. So schwierig diese Probleme auch ist, wir haben uns genau an das halten müssen, was uns auferlegt ist. Einen deutschen Militarismus gibt es nicht mehr. Wenn man draußen in der Welt noch immer ge-





legentlich versucht, den blutigen Schemen des deutschen Militarismus zu beschneiden, um eigene militärische Pläne zu deuten, so möchte ich glauben, es wird heute niemand mehr getäuscht damit, es sei denn, daß er ein Interesse daran hat, sich täuschen zu lassen. Militärisch sind wir gegenwärtig bedeutungslos und jeder Machtpolitik fern. Dagegen besteht wohl ein Anspruch Frankreichs auf Hegemonie auf dem Kontinent. Sie haben die Riffen gelesen, die neulich über Frankreichs Heeresstärke mitgeteilt sind. Es ist eine gewaltige Heeresmacht, verstärkt durch die Rechte aus der Militärkonvention mit Belgien und aus dem engen Verhältnis zu Polen. Daß all diese militärischen Entscheidungen notwendig wären, um das zerschmetterte Deutschland niederzuhalten, das wird die Welt nicht mehr allzulange glauben. Von deutscher Seite ist jedenfalls kein Hindernis mehr, um den Grundgedanken der Abrüstung überall zum Siege zu verhelfen. Nach den Bedingungen des Friedensvertrags soll die deutsche Abrüstung nur die Einleitung einer allgemeinen Abrüstung sein. Wir haben ein Recht darauf, daß im Geiste dieser Bestimmung gehandelt wird. Mit Befriedigung möchte ich immerhin feststellen, daß gerade der Fortschritt der Entwaffnungsaktion auch ein Zeichen der Verbannung unseres Volkes zu unseren Gunsten gebracht werden kann.

Sobald die Kohlenfrage: diese harte Prüfung, die unsern Wirtschaftslieben auferlegt ist. Wir sind bisher nicht hinter dem zurückgeblieben, was verlangt wird. Unablässig ist im Kohlenbergbau gearbeitet worden, die deutschen Wirtschaftslieben haben zurückstehen müssen und was sehen wir jetzt? Ganz Frankreich ist überreich mit Kohlen versehen, dagegen wird bei uns ein Hochpreis nach dem anderen ausgehoben, leider Industrie und Verkehr schwere Not, wächst die Zahl der Arbeitslosen, gelangen wir in die schwerste Bedrängnis. Am handgreiflichsten zeigt sich diese Bedrängnis in der Tatsache der Besetzung. Sie kennen die geradezu trostlose Höhe der Beträge, die wir für die Besetzungen zu leisten haben. Wenn das so weiter geht, frägt der französische Militarismus mit dem Rest des deutschen Wohlstandes auch die letzten Hoffnungen Frankreichs auf Reparation. Welche entsetzlichen Prüfungen für große Teile unserer Bevölkerung sich aus dem Zustande der Besetzung ergeben, dafür haben wir eine Ueberfülle von Belegen. Sie sind die Saat des Hasses durch eine so barbarische, kultur-schänderische Methode der Besetzung. In Spa wurde uns gesagt, daß auf einer neuen Konferenz die Frage der Wiedergutmachung behandelt werden soll. Nach heute warten wir auf die Erfüllung dieser Zusage. Inzwischen sind Verhandlungen eingeleitet worden, deren Gang und Ergebnis uns darüber aufführen wird, ob diese wichtige Frage, die von Entscheidung für das Wirtschaftsleben von ganz Europa ist, im Sinne einer Verständigung der Lösung nähergebracht wird. Jedenfalls bringen wir zu ihr den guten Willen mit.

Die völlige Unsicherheit, in der sich Deutschland noch heute 10 Monate nach Beendigung des Krieges befindet, spricht sich auch darin aus, daß wir noch nicht wissen, welche Grenzen das Deutsche Reich nun endgültig haben wird. Das Schicksal Oberösterreichs hängt noch der Entscheidung.

Wiesbad besteht die Ansicht, daß Prüfte am Werte sind, die den Versuch machen, die unberechnete Entscheidung der Bevölkerung zu verhindern und das Land durch einen Gewaltakt den Polen zu überführen. In die Wälder geht die Aufforderung, die Gewalt abzulenken. Dem Reichstag wird demnach ein Antrag zugehen, der der oberösterreichischen Bevölkerung das Recht einräumt, in unberechneter Abstimmung über ihre bundesstaatliche Selbständigkeit zu beschließen. Was die Oberösterreicher von den freihändig ausgeübten Verpflichtungen der Polen zu halten haben, wissen sie ja. Als Bestandteil Polens würde Oberösterreich die Aufgabe zufallen die Wirtschaft und die Finanzen des Staates zu sanieren und die eigentlichen Grundlagen des wirtschaftlichen und finanziellen Aufbaues zu schaffen. Wir stehen mitten in einer Ernährungsnot und es wird vieler Mühe bedürfen, um unserer Bevölkerung über diesen Winter hinaus zu helfen. Die Angriffe, als trüge das gegenwärtige Kabinett die Schuld daran, greift unbedingt zu weit. In der Reichs-politik hat dieses Kabinett lediglich die Erbschaft seiner Vorgänger übernommen.

Sobald der Abbau der Zwangswirtschaft. Wir wollen uns doch nichts vormachen. Dieser Abbau ist, so weit er beschlossene wurde, doch nur der Ausdruck für die Tatsache, daß die Zwangswirtschaft schon längst zusammengebrochen war. Keine Regierung besitzt genügend

Mittel, sie diesen Winter wieder aufzunehmen. Lassen Sie mich in dieser Stunde an alle Landwirte den Appell richten, das Ihre zu tun, daß unser Volk auch diesen Winter heil übersteht.

Es gibt keine Regierung, kein Parlament, das heute dem deutschen Volke ein Dasein der Behaglichkeit und der Ruhe schaffen kann. Nur Charitäten dürfen die Behauptung wagen, daß sie die Mittel dazu besitzen. Was es mit dem Segen der Somjettregierung auf sich hat, haben deutsche Arbeiter selbst erfahren. In dieser Enttäuschung sind sie heimgekehrt. Ich glaube, trotz der Hallenser Majorität für den Anschluß an die Dritte Internationale, daß nur ein kleiner Teil des deutschen Volkes Neigung haben wird, die russischen Methoden dem deutschen Volke fortzusetzen. Unsere Aufgabe aber wird es sein, solche Methoden der Gewalt mit allen Mitteln der Gewalt abzuwenden. Wir denken nicht daran, das Recht der freien politischen Betätigung anzufassen, aber dieses Recht macht halt vor der Schranke des Gesetzes.

Die kommunistische Partei tritt handelnd auf, bekennt sich zu Moskauer Gewaltmaßnahmen der kommunistischen Diktatur. Der Weg zu diesen Grundfragen geht nur durch den Bürgerkrieg. Aber zu Moskauer Gewalt, muß sich klar sein, daß er damit Verpflichtungen auf sich nimmt, den Umkreis des Reiches durch blutige Gewalt und Bürgerkrieg herbeizuführen. Er stellt sich damit außerhalb der Rechtsordnung, die wir mit den geistlichen Mitteln zu schützen verpflichtet sind, für russische Agitatoren, die sich anmaßend, den Bürgerkrieg in Deutschland zu predigen, in auf deutschem Boden kein Recht. Wir werden alles daran setzen, um unsern Volk das Unheil des Bürgerkrieges fernzuhalten. Wir werden der Gewalt des Unrechts die auf das Recht bezogene Gewalt entgegensetzen.

Die einzelnen Minister werden im Verlaufe der Aussprache über ihre Arbeitsergebnisse Auskunft geben. Unser Programm acht dahin, in der Industrie und Landwirtschaft alle Kräfte zur Wiederherstellung der deutschen Arbeitsfähigkeit mobil zu machen. Unsere Vorkriegspolitik zu sanieren, unsere Finanzen zu ordnen und eine Arbeitspolitik nach modernen und sozialen Grundgesetzen zu treiben. Größte Sparmaßnahme ist überall not.

Die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaus ist Gegenstand eingehender Erörterungen im Reichstagsrat und im Reichswirtschaftsrat geworden. Die Regierung wird die sich ergebenden Anregungen bei der Ausarbeitung der Vorlage mit der sorgfältigsten Beachtung, die ihr durch ihre Verantwortung für eine richtige Lösung dieser Grundfrage unseres gesamten Wirtschaftslebens vorgeschrieben ist. Die Vorlage wird ihr nächstens zugehen.

Der Reichstag kam dann auf die Nachwahl in im Reich zu sprechen, die nach Möglichkeit zusammengezogen werden sollen mit den Wahlen in Preußen. Wären diese sich jedoch zu lauter hinausziehen, so müßten die Reichswahlen früher vorgenommen werden. Zur Zeit würden Verhandlungen mit Preußen geführt, deren Erfolg bevorsteht. Der Reichstag äußert dann noch seine Befriedigung über die treue Anhänglichkeit der Reichstagsmitglieder, die bei der Abstimmung bewiesen haben. Der Reichstag schließt, vor Redaktionen und Journalen bewacht ich nicht zu warnen, man weiß auch Osten, wie viel sie wert sind. Unsern Aufgabe ist, aus den Trümmern des Reiches eine möglichst wohlhabende Stätte für alle zu machen.

Auf Kritik sind wir gefaßt, aber Kritik, die nur erschüttert, erschüttert den Wiederaufbau. Keine Kritik, die alle Parteien, Juristen und des Reichstages über dem Gemeinwesen wird uns alle einigen.

**Baden.**  
Die Notlage der Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen im Landtag.

Karlsruhe, 26. Okt. Der Haushaltsausschuß des Landtags beschloß in seiner Sitzung am Dienstag nachmittags mit der Notlage der Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen. Der Finanzminister berichtete über die beschlossene Regelung dieser Frage durch das Reich; die Vorlage liegt zur Zeit dem Reichstag vor und soll in der ersten Hälfte des November im Reichstag verabschiedet werden. Nachdem wird der Reichsregierung angepaßte Besetzungswert sofort dem Landtag vorgelegt, jedoch mit der endgültigen Neuregelung der Bezüge der Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen vor dem ersten Dezember ds. Js. bestimmt gerechnet werden kann.

Die Auszahlung eines übermäßigen Vorschusses den alle Mitglieder des Haushaltsausschusses für wünschenswert halten, bezeichnet der Finanzminister für technisch unüberführbar, worauf der demokr. Antrag auf Gewährung von einmalig 500 Mark zurückgezogen werden mußte. Sollte wiederum die Verabschiedung des Ruhegehaltsgesetzes bis 1. Dezember ds. Js. nicht möglich sein, so soll eine Neuregelung der bisherigen Vorschusszahlung an die Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen auf 1. Januar 1921 erfolgen.

Auf Wunsch des Finanzministers nahm der Haushaltsausschuß dann noch zu einigen kritischen Fragen des Reichstagsrats über die Ergänzung und Regelung der Bezüge der Ruhegehalt-

empfänger und Hinterbliebenen Stellung. Es wurde beschlossen, dem bad. Bevollmächtigten zum Reichstag zu beauftragen, sich dafür einzusetzen, daß den Bezugsberechtigten mindestens Dreizehntel des Unterhaltsbetrags zwischen den ihnen bisher gesetzlich zustehenden Ruhegehalts- oder Witwen- und Waisengeldern und demjenigen Betrag an Ruhegehalt oder Witwen- und Waisengeld ausschließlich Teuerungszuschlag gewährt werden, der sich ergeben hätte, wenn der Besatte nach dem 1. April 1920 pensioniert worden wäre. Dergleichen soll erörtert werden, daß die Teuerungszuschläge, möglichst im Sinne der Anträge der Beamtenvertretung vom Reichstag verabschiedet werden. Dem Gesetzentwurf über die Verlegung des Rechnungsjahres der Kreisverbände wurde zugestimmt, ebenso dem Gesetzentwurf über das Branntweinmonopol und dem Gesetzentwurf über die Veränderung des Dienstkreises- und Anzugskostengesetzes.

Karlsruhe, 26. Okt. Das Ministerium des Innern hat in einem Schreiben den Landtag ersucht, rasch bald das Landwirtschaftsamtgesetz und das Bürgergesetzbuch für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte sowie das Gesetz über die Verlegung des Rechnungsjahres der Kreisverbände und den Gesetzentwurf einer bad. Gemeindeordnung zu verabschieden. Mit der Beratung der neuen Gemeindeordnung wird der Aufsichtsausschuß alsbald beginnen.

Der Fall Engelhorn.  
Karlsruhe, 27. Oktober. (Wsp. Tel.) Ungutverfahrene und irreführende Nachrichten gehen. So schreibt die „Karlsruher Ztg.“ am 26. Oktober an folgenden Besetzung, Robert Engelhorn, der am 21. Oktober vom Schwurgericht Karlsruhe unter Anklage des Mordes an dem Studenten Mohr freigesprochen wurde, ist unmittelbar nach der Hauptverhandlung in die Heim- u. Flügelanstalt Mönch untergebracht worden. Das Bezirksamt Baden hat die Unterbringung auf Grund des § 5 des Jurenfürsorgegesetzes verfügt, da Engelhorn für andere Verlangen gefährlich ist. Hier und dort auftauchende Gerüchte, daß mit einer demnächstigen Freilassung Engelhorns zu rechnen wäre, entspringen daher der Fiktion.

**Letzte Meldungen.**  
Die Dieselmotoren.

Baden, 27. Okt. (Wsp. Tel.) In der Frage der Dieselmotoren liegt, wie die „B. Z.“ hört, bis zur Stunde noch keine amtliche Mitteilung der Entente vor, die einen Bescheid auf die Forderung enthalten würde. Die Bemerkung des französischen Ministers haben in der letzten Sitzung des parlamentarischen Ausschusses für die Angelegenheiten des Handels, die Entente wolle die deutsche Industrie keineswegs verlassen, aber auf die Tatsache stützt, daß die Kommission, welche die Besetzung der Dieselmotoren überprüfte, ihre bereits angeforderte Mitteilung nach Deutschland verschoben hat.

Das Urteil gegen die Holzgehilfen.  
Dresden, 27. Okt. (Wsp. Tel.) Im ersten Prozeß gegen die Holzgehilfen wurde heute nach siebenstündiger Verhandlung um Mitternacht das Urteil gegen die Mitglieder des sächsischen Brandkomitees ausgesprochen. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen wurden die Angeklagten teilweise der vorläufigen Haftstrafe, teilweise der Beweis für Brandstiftung für schuldig befunden. Der Hauptangeklagte, ein 30 Jahre alter Bergarbeiter aus Sebnitz, wurde zu sieben Jahren Zuchthaus, sieben andere Angeklagte zu Haftstrafen von 1 1/2 Jahren bis 2 Jahren 6 Monaten verurteilt.

**Zur Wiederaufnahme der englisch-russischen Handelsbeziehungen.**

London, 17. Okt. (Wsp. Tel.) Unterhaus. In Erwiderung einer Anfrage über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen England und Rußland erklärte Bonar Law wiederum, daß die Freilassung aller britischen Staatsangehörigen in Rußland, welche künftighin wünschenswert, die Verhandlung über die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Handelsbeziehungen sei. Bonar Law fügte hinzu, die Regierung habe stets die Wiederaufnahme des Handels für äußerst wünschenswert erachtet und stehe jetzt mehr denn je auf diesem Standpunkt. Man müsse den armen Umfang der Arbeitslosigkeit und die Tatsache berücksichtigen, daß der Handel mit Rußland von anderen Ländern wieder aufgenommen worden sei. England müsse sein Bestes tun, um seinen Anteil daran zu erhalten.

**Nahrungsmittelversorgung von Hochschulen für Nahrungsmittel.**

Karlsruhe, 27. Okt. (Wsp. Tel.) Durch Besetzung vom 26. Oktober ist die bisher bestehende Verordnung über Höchstpreise für Nahrungsmittel (Getreide, Mehl, Getreidemehl, Hülsenfrüchte) außer Kraft gesetzt worden. Eine Festsetzung neuer Höchstpreise wird nicht erfolgen, vielmehr sollen alle Bezüge für Nahrungsmittel nur durch vertragliche Bindung der Erzeuger, sowie der Groß- und Kleinhandlärer festgelegt werden. Diese Anordnung hat darin ihre Begründung, daß der Wille des höchsten Teils der Nahrungsmittelwirtsch. frei den Marktpreisen überlassen bleibt, während die den letzten Nahrungsmitteln, die noch amtlich verteilt werden, die vertragliche Bindung besteht.

Ihre beigetragen haben, die Diskussion wurde billig, denn das Temperament des Kronprinzen ließ da auf die heftigste Feindschaft der beiden Göttern.

Man wird vielleicht nie erfahren, wie der Streit plötzlich zur zügellosen Gewalt ausartete. Es gibt Worte, die wie Dolchschläge und Säbelhiebe wirken. Ein solches Wort laut, alles brach aus und plötzlich saust mit unheimlicher Gewalt eine gefüllte Champagnerflasche über den Tisch. Wie vom Blitz gefaßt, sank der Kronprinz zusammen. In diesem Augenblick, vielleicht einige Sekunden später, trat Maria Bejera in das Zimmer. Einer der Bedienten erzählt die verdienstvolle Geschichte, ein Schuß erschallt, und Maria Bejera sinkt um und um. — Gewalttätige Verwundung in Blut, Scherben und Pulverdampf. Als die Leiche des Kronprinzen in die Wiener Hofburg gebracht wurde, saßen noch Glascherben in der Wunde an der verletzten Seite. Bei der Aufbahrung in der Kapelle der Hofburg verding ein dritter Mensch fast den ganzen Kopf. Die Staatsräuber hatte sich erschaffen, lieber zur Legende vom Selbstmord zu greifen, als durch das Verhängnis der Wahrheit ein Ekel zu erwecken zu lassen, das doch offenbar in seinen Grundfesten wankte. Man denke nur: ein Praxer wegen Töschens am Kronprinzen, im Kampf begangen, unter äußeren Umständen, die man kaum meinte, im Kaiserreich weiterzutragen! Kaum einer, der vor dreißig Jahren in Wien lebte, hätte diesen Gedanken auch nur zu Ende denken können. Dieser Diktator verstand damals mit den meisten Teilnehmern an der Tafelrunde von Mayerling am Wien, keine jedoch später nieder dahin zurück und beschloß sein Leben als Herrscher und Mörder des Todes. Sein Bruder Wilhelm ging nach Kapriol in Venedig, wo er eine feiner berühmt gemordete Rache von Goldkugeln geendet. Auch er ist in den letzten Jahren gestorben.

**Kunst und Wissen in Mannheim.**

Luise Schatt, die einheimische Pianistin, die nicht nur in ihrer Vaterstadt, sondern auch in vielen answärtigen Städten eine reiche Künstlerkarriere bestreitet hat, wird am 28. Oktober auf ihrem Klavierabend Werke von Liszt, Chopin, Schumann u. Beethoven spielen. Besonders interessieren wird die Sonate von Liszt, die mit im Mannheim zum ersten Male hören werden.

Georg Emil und Frau Helo-Schiffinger, die uns längst als gute Künstler vertraut und bekannt geworden sind, werden am 4. November im Kasino wieder einen Klavierabend veranstalten. Außer einer erlesenen Vortragsfolge von Beethoven und Schumann, von denen vor allem die zur Aufführung gelangenden Werke des Karlsruher Dr. Stebel interessieren dürften, werden die Künstler auch ein Duett von Hans Hermann „Lieders Gesang zum Vortrag bringen. Am Abend unterhielt Georg Emil den Gelingen des Abends, der als überaus feinsinniger Begleiter in den letzten Tagen von der gesamten Presse gelobt wurde.

**Der Tod des Kronprinzen Rudolf von Oesterreich.**

Aus den Erinnerungen Leopold Wöllflings, vorm. Erzherrzog Leopold Ferdinand von Oesterreich.

Die Welt „Königspost“ beginnt heute mit der Veröffentlichung von Wöllflings aus der Feder Leopold Wöllflings, vormals Erzherrzog Leopold Ferdinand von Oesterreich, Leopold Ferdinand, der der Linie Toskanens des Hauses Habsburg entstammte, verlebte 1900 Oesterreich, legte alle Titel und Würden nieder und nahm den bürgerlichen Namen Leopold Wöllfling an. Er hat bisher niemals Mitteilungen über Vorgänge und Persönlichkeiten am Wiener Kaiserhof gemacht. Nachdem nunmehr die Herrschaft der Familie Habsburg in Oesterreich zusammengebrochen ist, verstand das ehemalige Mitglied des österreichischen Kaiserhauses, durch Freilassung einiger seiner Erinnerungen etwas zur Klärung des Geheimnisses von Mayerling beizutragen.

Der Tod des Kronprinzen Rudolf ist von einem Scheinbar nicht zu entzerrnden Kram mehr oder minder phantastischer Begebenheiten umgeben. Die Fragen der Vorgänge in Mayerling sind, was ich selbst durch einen Eid gebunden, ohne das Geheimnis zu offenbaren, geklärt. Ich selbst war, als ich die Nachricht vom Tode Rudolf erhielt, ein junger Sekondelie und befand mich in Czues. Meine Kenntnisse der Vorgänge verdanke ich den Erzählungen meines Vaters, des Großherzogs von Toskana, der am Morgen nach dem Tode Rudolf in Wien war. Er gehörte mit Prinz Albert von Sachsen zu den vertrautesten Freunden und Gönnern des Kronprinzen und auch des Kronprinzen. Er sah die Leiche Rudolf's kurze Zeit, nachdem sie aus Mayerling nach Wien in die Hofburg gebracht worden war und bevor noch die feierliche Aufbahrung die Spuren der Todesart vermischt hatte. Diese Umstände sind deshalb von Wichtigkeit, weil die spätere offizielle Version vom Selbstmord Rudolf's erst später entstand. Am Morgen nach hatten die Gloden aller Wiener Kirchen zum Sterbengeläute geläutet, dann waren sie plötzlich verstummt, weil inzwischen die Nachricht vom Selbstmord ausgegangen worden war und die kirchlichen Behörden darauf weitere Verfügungen abwarten wollten. Sie hätten ruhig weiterläuten können, denn Kronprinz Rudolf war nicht durch eigene Hand gestorben. Wie es dazu kam, sei hier erzählt:

Ich kenne meinen um zehn Jahre älteren Bruder Rudolf sehr gut. Er hatte kaum etwas von Habsburger Familienkaput tracht, er war vielmehr ein echter Sohn seiner bayerischen Mutter, die wie die Großmutter Sophie aus dem Hause Wittelsbach stammte. Ritterlich, schlanke, mit feinen Augen, die er in nachdenklichen Momenten ganz zurückziehen konnte, lebhaft, offener, heiter. Er verstand, wenn auch manchmal auf der Art, das Leben zu genießen, war dabei ein warmer Freund der Kunst und namentlich der Reiterkunst aller Art. Aber er hat es nicht als einson gedanklosen Wöllfling hinabgelassen, aber er hat es nicht toller getrieben als andere vermögende junge Leute der Wiener Gesellschaft. Aber überall bekannt und von tausend Augen über-

wacht, war er der ständige Held überreizenden Hoffentliches. Dem in mehr oder minder großen Ehren ergrauten und verdienstvollen Schwanz war er überdies wegen seiner liberalen Ansichten ein nichtlicher Feind, und sie lagen rechtlich das Verbrechen, um auch die geringsten seiner Wünsche zu erfüllen, künstlich verdrängt und vergrößert, seinem Vater zu hinterbringen.

Sein Unglück war jedoch seine Verheiratung mit Stephanie von Belgien, des zweiten Leopolds zweiter Tochter. Hier hatte wieder einmal die falsch verstandene Einnahme zwei Menschen verknüpft, die einander niemals hätten begreifen sollen. Es gehörte eben zum alten System, die jungen Prinzen, ohne sie auch nur zu fragen, unter die Haube zu bringen und das übrige dem lieben Herrgott zu überlassen.

Die Ehe wurde bald sehr unglücklich, insbesondere als Stephanie ihrem Mann in Wirklichkeit, oder, wie ich glauben möchte, in gewohnter Eifersucht nachspürte und ihn als in rücksichtslos und gefährlicher Weise beschloß. Der Mangel eines männlichen Erben, der vielleicht die eheliche Frau bedrückte hätte, verstärkte noch den ehelichen Konflikt.

Aus diesem bösheligen Eheleben schloß sich Rudolf dahin, wo er sich um seiner selbst willen gefaßt glaubte. Es ist sicher, daß Maria Bejera auf ihn den tiefsten Eindruck gemacht hatte und daß ihn schließlich eine sehr ernsthafte Leidenschaft für das schöne Mädchen befeuerte. Ich halte es für möglich, daß in Vermutungen darüber zu verlieren, ob sich Rudolf wirklich mit dem Gedanken an eine eheliche Verbindung mit der Geliebten trug. Als die „Affäre“ ans Tageslicht kam, wurde sie jedenfalls bei Hofe als eine Gefahr empfunden und alles getan, um den Kronprinzen „auf den rechten Weg“ zurückzubringen. Wer es jemals erlebt hat, daß ihm seine Vorgänger behütete Herzensneigung unbarbarisch einschleiert, mit Schmutz besorfen und verdächtigt wurde, wird sich unklar in die Lage des Kronprinzen versetzen können. Juristisch die Wahl, vor die ein Liebender gestellt wird, November lassen unklar, — weiter zusammenzuleben: unmöglich. Der Vater nimmt dem Sohne das Wort ab, mit Maronessa Bejera am selben Tage zu brechen. Er gibt das Wort freilich mit dem vorgefaßten Gedanken, ein letztes Mal ganz in der Geliebten aufzugehen, den schmerzlichen süßen Becher des Abschieds bis zur Kelch zu leeren.

In diesem Abend waren nach dem Jagdschloß Mayerling mehrere Gäste geladen: Jagdgewissen, Sportleute, darunter auch Herr von Kallay, der bekannte Reiter, und sein Bruder Wilhelm; beide Griechen, mit Maronessa Bejera irgendwie verknüpft. Herr von Kallay war der Bruder der Bejera; so wurde wenigstens allgemein behauptet. Die Herren waren in einem kleinen Saal unter sich, doch befand sich auch Maronessa Bejera im Saal. In der Herzensneigung wurde noch älter, alter Gewohnheit fast gestunken. Rudolf vertrat nur wenig, nach wenigen Minuten Wein verlor er die Selbstbeherrschung und wurde leicht anfällig. Die feierliche Dittkeit, die ihn an jenem Abend befeuerte, mag das

Aus Stadt und Land.

Der gewerkschaftlich-gewerkschaftliche Verbraucherausschuss

Bermittelt und in Bezug auf Wertpreis, Fleisch- und Kartoffelversorgung eine Jury, der wir folgenden entnehmen:

Wertpreis: Der zwischen den Verbrauchern und den Wirten... Der Ausschuss hat sich für den Wertpreis von 80 Pfg. in über das was hinabgegangen, was seitens der Verbraucher für angemessen erachtet wird.

Fleischversorgung. Trotz der günstigen Einfuhrbedingungen in den letzten Wochen sind die Fleischpreise... Der Ausschuss hat sich für den Wertpreis von 80 Pfg. in über das was hinabgegangen, was seitens der Verbraucher für angemessen erachtet wird.

Kartoffelversorgung. Die Kartoffelversorgung wurde vor einigen Wochen durch einmütige Ueberzeugung von Wertpreis, Erzeugung und Verbrauch... Der Ausschuss hat sich für den Wertpreis von 80 Pfg. in über das was hinabgegangen, was seitens der Verbraucher für angemessen erachtet wird.

Eine Vorstandslegung des Badischen Städteverbandes.

Die sich u. a. mit der Frage der Abgabe der Förderung des Wohnungsbaus befaßt, fand dieser Tage hier statt. Der Vorstand des Städteverbandes hat hierzu der dringlichste Ausdruck...

Wasserstand vom Rhein und Neckar.

Der Wasserstand des Rheins ist in den letzten Wochen außerordentlich stark zurückgegangen. Während am Monatsanfang der Rheinstrom bei Rheinfelden noch 3,99 Meter über dem Nullpunkt...

Altkönigs. Zum katholischen Stadtpfarrer des Bororts Redarau wurde der bisherige Pfarrverwalter Franz Josef Hofner ernannt. In der Mannheimer Schwurgerichtskammer sollte auch gegen den Doppelmörder Friedrich Fromm aus Bannental verhandelt werden...

Mannheimer Künstlertheater „Apollo“.

„Antik Subertus“ nennt sich ein Bauernschwanz von Carl Wintermann, der gestern durch das Schillertheater Bauerntheater zur Aufführung gelangte. Wintermanns köstlichste Talente zeigen sich in diesem Drama nicht in aufsteigender Linie...

Bürgerausschussführung in Schwellingen.

oo. Schwellingen, 26. Okt. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Reinhardt und in Anwesenheit von 64 Mitgliedern fand Montagabend eine zweitägige Sitzung des Bürgerausschusses statt...

oo. Schwellingen, 26. Okt. In Verbindung mit der Tagung des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke hielt der Badische Landesverband gegen den Alkoholismus... Die Tagung wurde am Montag vormittag im Saale des Arbeitsministeriums von dem Vorsitzenden des badischen Landesverbandes, Ministerialdirektor Dr. Fuchs eröffnet.

Tagung der Mäßigkeits-Organisationen.

oo. Karlsruhe, 26. Okt. In Verbindung mit der Tagung des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke hielt der Badische Landesverband gegen den Alkoholismus... Die Tagung wurde am Montag vormittag im Saale des Arbeitsministeriums von dem Vorsitzenden des badischen Landesverbandes, Ministerialdirektor Dr. Fuchs eröffnet.

Kommunales.

oo. Wehlh. 5. Ullingen, 26. Okt. Beim zweiten Wahlgang zur Bürgermeistereiwahl ist der Kandidat der Zentrumspartei, Gemeindevorstand Franz Weyer, mit 35 von den abgegebenen 68 Stimmen gewählt worden.

Aus dem Lande.

oo. Wehlh. 26. Okt. In den Lederwerken Freudenberg (Abteilung Kapellensieder) wurde in vergangener Nacht ein Einbruch ausgeübt, wobei die Täter sechs Paare Rindleder von bedeutendem Werte stahlen.

oo. Karlsruhe, 22. Okt. Auf dem hiesigen Bahnhof sprang die Handlerin Marie Stoll von hier aus dem noch fahrenden Zug, wurde überfahren und auf der Stelle getötet. B. Konstantz, 23. Okt. In einer Gemeinde des badischen Bodenseesgebietes wurde durch den Gemeinderat der Gemeinde...

Gerichtszeitung.

oo. Freiburg, 25. Okt. Wegen schwerer Verletzungen hatte sich der 24jährige Postbote Georg Kronenberg aus Hannover zu verantworten. Im Postamt Vordach-Straßen angeht, unterlag er einem einseitigen Vertrag von 8000 Mk. und schickte zwei eingetragene Einschlagsarten von 40 und 16000 Mark an sein Postfachkonto in Karlsruhe ab.

oo. Zweibrücken, 20. Okt. Der seltene Fall, daß nicht die Hersteller von Falschgeld, sondern die Abnehmer der Fälschungen wegen Inverkehrbringens der „Bilten“ vor den Gerichten standen, war in der Hauptverhandlung gegen den Elektromonteur Waldemar Trümpler aus Alsbach, ohne festen Wohnsitz, den Kaufmann und Kriegsdienstverweigerer Karl Mack aus Mutterstadt, in Ludwigshafen wohnend, den Wirt und Wäbberer Rudolf Hübner aus Ludwigshafen und den Kaufmann Ludwig Kober, aus Ludwigshafen stammend und in Billbad wohnhaft, zu verzeichnen.

Scheine spielte sich zu Mainz folgendermaßen ab: Hörbrunner zahlte 4000 Mark echte 50-Markscheine hin, worauf Jordan 7500 M. Falschscheine herbeischaffte und die „Käufer“ damit die Heimreise antraten. Trümpler erhielt 4000 M. in gefälschten Scheinen und sollte die Hälfte des Mehrerlöses als Entschädigung erhalten. Nachdem er nacheinander verhaftet hatte, die Nachforschungen bei Franzosen umgemacht zu erhalten, wählte er den Altsachverständigen Rad ein, dem er einen aus dem Strumpf gezogenen 50-Markschein zeigte und ihn veranlaßte, 2000 Mark für geminnbringenden Umtausch der Fälschungen herbeizuschaffen. Rad setzte unter einen Schein die nachgemachte Unterschrift seines Vaters und erhielt nun zu Mundenheim von einem Bekannten die Scheinsumme mit 2000 M. In Dagersheim wurde alsbald mit dem Umtausch der Fälschungen begonnen. Rad erhielt von Trümpler 500 M. hiervon, sollte je 2 Mark Provision für jeden ausgegebenen Fälscher erhalten und begann nun zu Dagersheim mit Einkäufen. Ein Zigarrenhändler hatte die Nachahmung erkannt, die Polizei wurde benachrichtigt und konnte die Herausgabe in einer Wirtshaus festnehmen; ein Teil der Scheine wurde noch vorgefunden und beschlagnahmt. Die Nachahmung der Scheine war so plump und auffallend, daß sie schon bei geringster Aufmerksamkeit erkannt werden konnte. Das Urteil lautete auf je 2 1/2 Jahre Gefängnis gegen Trümpler und Hörbrunner, je 1 Jahr Gefängnis gegen Rad und Kober. Der Diersacker der falschen Banknoten, Steinbrücker Jordan (Mainz), ist dort bereits zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Sportliche Rundschau.

Kampf zwischen Turnen und Sport. Die Deutsche Sportbehörde für Athletik und der Deutsche Schwimm-Verband haben in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Deutschen Fußball-Bund am Montagabend in Berlin folgende Erklärung abgegeben und übergeben diese der Öffentlichkeit: Die Deutsche Turnerschaft hat in letzter Zeit eine Haltung eingenommen, die klar erkennen läßt, daß von ihrer Seite keine Aussicht mehr besteht zu einem engeren Zusammenarbeiten mit den Sportverbänden auf Grundlage gegenseitiger Anerkennung und Gleichberechtigung.

Deutscher Fußball-Bund hat sich mit dem folgenden Beschluß an die Seite der anderen Sportverbände gestellt: Bei dem Kampf der Deutschen Turnerschaft gegen die Deutsche Sportbehörde für Athletik und den Deutschen Schwimm-Verband wird der Deutsche Fußball-Bund in Stellung und Einzelgabeln unbedingt an der Seite der eng mit ihm verknüpften Sportverbände stehen.

Bei diesen Erklärungen sind die seit Jahrzehnten gepflogenen Verhandlungen zwischen den Turnern und Sportleuten mit einem Schloß abgebrochen. Man wird sich der langwierigen Besprechungen entsinnen, die feierlich zwischen der Deutschen Turnerschaft und der Deutschen Sportbehörde für Athletik in Halle gepflogen wurden. Die gütliche Einigung scheiterte, trotzdem die D.S.B. bereit war, einen Teil ihres Arbeitsgebietes an die Deutsche Turnerschaft abzutreten. Den Anstoß zum letzten Abbruch der Verhandlungen war jedoch ein Schreiben der D.T. an die D.S.B., in der ihr angelegentlich wurde, bedingungslos in die D.T. anzutreten, wobei jedoch zugegeben wurde, daß die „lästigen“ Äußerungen der Sportler in den Verhandlungen der D.T. Aufnahme finden könnten. Mit den Schwimmern hatten die Turner von vornherein jede Verbindung abgebrochen, unter dem Hinweis, daß das Schwimmen in ihren Reihen seit jeher betrieben worden sei und damit jede Ertüchtigung des Deutschen Schwimm-Verbandes verfallend. Dem Kampf der Schwimmer und Leichtathleten hat sich nunmehr auch nach den letzten Erklärungen mit der D.T. der Deutsche Fußball-Bund angeschlossen. Bekanntlich stand der D.F.B. mit der D.T. in einem Vertragsverhältnis, das u. a. die D.T. verpflichtete, feierliche Aufstellungen in irgendwelcher Form auszusprechen. Dieser Vertrag ist von der D.T. wie sich jetzt herausstellt, gebrochen. Sowohl in Süddeutschland als auch in Norddeutschland (Stuttgart und Bremen) sind trotz des Bestehens der Fußballverbände von den Unterverbänden der D.T. Fußballvereine ausgeschlossen und abgehalten worden. Es liegt demnach ein Vertragsbruch der D.T. vor, durch den der D.F.B. glaubt, sich nicht mehr an die Bedingungen des noch in Kraft befindlichen Vertrags halten zu müssen. Gefährdet haben daher jetzt die drei großen Sportverbände gegen die Turner, um den seit Jahren erörterten aber durch Verhandlungen immer wieder zurückgestellten Kampf aufzunehmen. Die Angelegenheit sollte noch weitere Kräfte gleich und von den Turn- und Sportvereinen bis zum Deutschen Reichsverband, in welchem alle Leibesübungen treibenden Verbände vereinigt sind, einen Kampf entfachen, wie ihn die deutsche Sportbewegung noch nicht gesehen hat. Die D.T. vertraut auf die Anhängerschaft des Turnens, die ihr seit Jahren die Stellung verleiht hat, die kein anderer Leibesübungen treibender Verband aufweisen kann; die Sportverbände glauben durch das Kampfmoment, das sie der deutschen Jugend geben, diese hinter sich zu haben. Wer wird siegen?

Rugby.

Rückertage des deutschen Rugbyvereins Oden-Weber, Hannover in Frankfurt. Der Sportklub 1890 Frankfurt vermachte am Sonntag in Frankfurt den starken Wälderbach in der Schlucht um die deutsche Weidenschaft, dem er im Frühjahr knapp unterlegen war, heute aber 5:0 zu schlagen. Dem Schiedsrichter, Herrn S. Simon (N. L. u. 1890), freilich die Mannschaften in höchster Aufstellung. Die Mannschaft des Oden-Weber, Hannover hat zunächst etwas mehr vom Spiel. Nach vorläufigem Entschieden geht dann Frankfurt in das Gegenschlagen über. Die erste Hälfte der Spielzeit in der Mitte des Feldes. Nach der Pause sind die Hannoveraner wieder im Vorteil. Frankfurt hat gefährliche Augenblicke an seinem Lager, kann aber wiederum zum Abwehr. Die Frankfurt Dreiviertel gehen zum Angriff über, kurz vorm Lager geht der Ball verloren. Endlich kann Oden einlaufen. E. Kiermann erbeut den Versuch mit bekannter Sicherheit zum Treffer. Ergebnis 5:0 für Frankfurt.

Weiternachrichtendienst.

Der badische Landeswetterdienst in Karlsruhe. Beobachtungen vom Mittwoch, den 27. Oktober, 11 Uhr morgens (MET). Auf Grund lang- und kurzzeitprognostischer Berechnungen.

Table with 7 columns: Ort, Luftdruck in NN mm, Temp. in C, Wind Richtung, Stärke, Wetter, Niederschlag der letzten 24 Stunden mm. Rows include Hamburg, Rastatt, Berlin, Frankfurt a. M., Wiesbaden, Rastatt, Karlsruhe, Baden-Baden, Mannheim, Heidelberg, Stuttgart, Ulm, Regensburg, Nürnberg, München, Wien.

Beobachtungen badischer Wetterstellen (7 Uhr morgens).

Table with 10 columns: Ort, Luftdruck in NN mm, Temp. in C, Wind Richtung, Stärke, Wetter, Niederschlag der letzten 24 Stunden mm. Rows include Mannheim, Rastatt, Karlsruhe, Baden-Baden, Mannheim, Heidelberg, Stuttgart, Ulm, Regensburg, Nürnberg, München, Wien.

Allgemeine Witterungsübersicht.

Die Herbstzeit des hohen Druckes hält noch an. Das Wetter ist bei uns fortwährend heiter und trocken, im Norden des Reiches vorwiegend neblig. Bei schwachen nördlichen, teils östlichen Winden liegen die Temperaturen in der Ebene nur selten über 10 Grad an. Die Nachfröste haben sich wieder etwas verstärkt. Von Frankreich her macht sich leicht geringe Druckabnahme bemerkbar, abgesehen bei uns noch höherer Druck vorherrschend ist. Wettervorhersage bis Donnerstag, 28. Oktober, 12 Uhr nachts. Noch vorwiegend heiter und trocken, lokale Nebelbildungen, Nachfröste, später geringe Bewölkung.





